

## Ergebnisse Fachgespräch

Am 28. September hatte die Arge Freie München zum Fachgespräch „Wer berät morgen? Finanzielle Kürzungen in den Migrationsdiensten, kann sich die Gesellschaft den Rückzug der Dienste leisten?“ in die Räume des neuen Welcome Centers geladen. Rund 80 Personen aus den Verbänden, den Beratungsdiensten und dem KVR nahmen als Zuhörer\*innen teil.

Unter der Moderation von Grit Schneider, Federführung Arge Freie und stellv. Geschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtsverband, diskutierten gemeinsam:

- Karl Straub, MdL, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung
- Anette Farrenkopf, Geschäftsführerin des Jobcenters München
- Jacqueline Schaller, Leitung Kompetenzzentrum internationale Pflege
- Sevghin Mayr, Prokuristin der Beratungsdienste der Arbeiterwohlfahrt München gGmbH

Am Ende des Fachgesprächs zeigten sich für die Arge freie eine Reihe von Bedarfen für die bundesgeförderten Migrationsdienste (Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte, Jugendmigrationsdienst, Asylverfahrensberatung, Psychosoziales Zentrum), die wir Ihnen als örtlich zuständigen Bundestagsabgeordneten zukommen lassen wollen, verbunden mit der Bitte, sich während der Haushaltsberatungen dafür einzusetzen.

### Bundesgeförderte Migrationsfachdienste sichern – Integration braucht verlässliche Strukturen

Die bundesgeförderten Migrationsfachdienste leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration, zur sozialen Teilhabe und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Ergebnisse des Fachgesprächs der Arge Freie München zeigen deutlich: Gute Beratung unterstützt nicht nur die Menschen, die nach Deutschland kommen, sondern entlastet auch Behörden, Jobcenter und andere soziale Einrichtungen.

#### 1. Bundesgeförderte Migrationsfachdienste finanziell sichern

Wir fordern, die angekündigten Kürzungen bei den bundesgeförderten Migrationsfachdiensten zurückzunehmen und eine auskömmliche, verlässliche Finanzierung sicherzustellen.

Die Beratungsdienste stehen bereits heute unter erheblichem finanziellem Druck. Weitere Kürzungen gefährden gewachsene Beratungsstrukturen, qualifiziertes Personal und damit die Versorgung der Menschen vor Ort.

## **2. Beratung als notwendige öffentliche Infrastruktur anerkennen**

Wir fordern, die Migrationsberatungen nicht als freiwillige oder nachrangige Leistung zu behandeln, sondern als unverzichtbaren Bestandteil einer funktionierenden Integrationspolitik.

Beratung ermöglicht Orientierung, unterstützt die soziale Teilhabe und hilft Menschen, ihre Rechte und Möglichkeiten zu verstehen und wahrzunehmen. Sie ist damit eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

## **3. Prävention und Folgekosten berücksichtigen**

Wir fordern, bei Haushaltsentscheidungen die mittel- und langfristigen Folgen von Kürzungen mitzudenken.

Gute Beratung verhindert, dass sich Problemlagen verfestigen oder Menschen erst dann Unterstützung erhalten, wenn aufwendigere Hilfen notwendig werden. Wie im Fachgespräch von der Geschäftsführerin des Jobcenters München ausdrücklich hervorgehoben wurde, wird durch die frühzeitige und umfassende Beratung durch JMD und MBE die Voraussetzungen für Integration erhöht, was auch aus Sicht des Jobcenters sehr wichtig ist, da durch frühzeitige Beratung die Menschen bereits bei ihrer Ankunft vorbereitet werden auf alles, was dann folgt.

Kürzungen bei der Beratung führen daher nicht zwangsläufig zu Einsparungen, sondern können Kosten lediglich in andere Bereiche verlagern.

## **4. Behördliche und unabhängige Beratung erhalten**

Wir fordern, die Vielfalt der Beratungslandschaft zu erhalten und insbesondere die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung zu schützen und zu stärken.

Unabhängige Beratungsstellen schaffen Vertrauen, ermöglichen eine bedarfsgerechte Unterstützung und ergänzen die Arbeit der Behörden. Dass auch die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung einen wichtigen Beitrag zu einer zielgerichteten und fairen Beratung leistet zeigt auch die aktuelle Evaluation des Programms.

## **5. Zugänge zu Beratung statt weiterer Hürden schaffen**

Wir fordern, die Beratungsangebote angesichts zunehmender Digitalisierung nicht einzuschränken, sondern bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Digitalisierung kann Verwaltungsabläufe erleichtern, aber persönliche Beratung nicht ersetzen. Für viele Menschen stellen digitale Zugänge zusätzliche Hürden dar, wie vor allem die Prokuristin der Beratungsdienste der AWO, Sevghin Mayr, betonte. Es braucht deshalb weiterhin niedrigschwellige, persönliche und unabhängige Beratungsangebote.

## **6. Vernetzung und Kooperation als Erfolgsfaktor stärken**

Wir fordern, die Zusammenarbeit zwischen Migrationsfachdiensten, Kommunen, Jobcentern und weiteren sozialen Einrichtungen durch eine verlässliche Finanzierung zu ermöglichen.

Die im Fachgespräch beschriebenen positiven Kooperationen zeigen, dass Beratungsdienste eine wichtige Schnittstellenfunktion übernehmen. Sie vermitteln Menschen an passende Stellen weiter, erleichtern Zugänge zu Unterstützungsangeboten und tragen dazu bei, dass vorhandene öffentliche

Leistungen wirksam werden und Menschen auch in Deutschland bleiben wollen, was vor allem die Leiterin des Kompetenzzentrums internationale Pflege, Jacqueline Schaller, betonte.

Diese Strukturen dürfen nicht durch kurzfristige Haushaltsentscheidungen gefährdet werden.

## **7. Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ernst nehmen**

Wir fordern, die Verantwortung für Integration nicht auf Kommunen und freie Träger abzuwälzen, sondern die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen auf Bundesebene sicherzustellen.

Integration gelingt nur, wenn alle Beteiligten ihren Beitrag leisten können. Kommunen und freie Träger können die Folgen unzureichender Bundesfinanzierung nicht dauerhaft ausgleichen. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung braucht es verlässliche Strukturen, die Begegnung, Orientierung und Teilhabe ermöglichen.

### **Deshalb appelliert die Arge Freie München an Sie:**

Wer bei der Migrationsberatung kürzt, kürzt nicht nur Beratungsstunden, sondern gefährdet gewachsene Strukturen, erschwert gesellschaftliche Teilhabe und belastet letztlich auch andere öffentliche Stellen.

Die Fachkräfte der Migrationsdienste leisten täglich einen unverzichtbaren Beitrag dazu, dass Menschen in München ankommen, sich orientieren, Zugang zu Unterstützung finden und langfristig Teil unserer Gesellschaft werden können.

Wir appellieren daher an die Bundestagsabgeordneten, sich in den anstehenden Haushaltsberatungen für den Erhalt und die auskömmliche Finanzierung der bundesgeförderten Migrationsfachdienste einzusetzen.